

Die österreichischen NGOs der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit – ihre Rolle jetzt und in der Zukunft: ein unverzichtbarer Partner für die OEZA und die Länder des Südens

1. Einleitung

Um die internationalen Ziele der Armutsbekämpfung (Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen) zu erreichen, bedarf es gewaltiger Anstrengungen. Die wohlhabenden Industrieländer - unter ihnen Österreich - sind dabei ganz besonders gefordert. Das wichtigste Anliegen von Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik war und ist, für soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit weltweit einzutreten.

Aktuelle Trends erfordern ein Nachdenken über die Rolle, den Mehrwert und die Finanzierung der NGOs und der öffentlichen EZA. Staat wie auch NGOs müssen die legitimen Rollen der verschiedenen *Stakeholder* respektieren und in einen kontinuierlichen Dialog eintreten.

Die EZA stellt eine von vielen öffentlichen Aufgaben dar, die in den Industrieländern sowohl durch staatliche als auch durch private, gemeinnützige Träger wahrgenommen wird. Die Bandbreite der entwicklungspolitischen Aktivitäten reicht von Einzelhilfe im Rahmen von Projekten bis hin zur Unterstützung im Aufbau von Systemen sozialer Sicherung. Ihre innenpolitische Legitimation beruht in fast allen OECD-Ländern auf fragilen Fundamenten. Die NGOs repräsentieren das organisatorische Rückgrat der EZA-freundlichen Strömung. Der Staat kann und soll diese Aufgabe nicht übernehmen. Die NGOs sind in dieser Funktion nicht ersetzbar, da sie – im Gegensatz zum Staat – nicht auf politische Interessen Rücksicht nehmen müssen. EZA ist staatlicherseits Teil der Außenpolitik und befindet sich in ständiger Gefahr, strategischen Vorgaben anderer außenpolitischer Interessen, Politikvorgaben des Staates und internationaler Organisationen untergeordnet zu werden.

Die Einbeziehung der Zielgruppen in den Partnerländern stellt für die österreichischen NGOs eine essentielle Richtlinie in ihrer Arbeit dar. Nicht zuletzt aufgrund dieser partnerschaftlichen Kooperation und Vernetzung mit NGOs im Süden und Osten können die österreichischen NGOs für sich in Anspruch nehmen, Interessensvertretern der Betroffenen im Süden und Osten zu sein und zugleich Repräsentanten der Zivilgesellschaft im Norden für den Bereich der Entwicklungspolitik. Ihre Stärke liegt in ihrer Kreativität und raschen Reaktion auf neue Situationen. Ihre unmittelbare Unterstützung ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung von Demokratie, Menschenrechten, Gendergerechtigkeit, der Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, Dezentralisierung und BürgerInnenbeteiligung. Die NGOs leisten mit ihrer Inlandsarbeit, also mit Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Anwaltschaft, Lobbying und Kampagnenarbeit einen wichtigen Beitrag für Entwicklungspolitik. Die Erfahrung mit den Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Süden bringt zusätzlich bereichernde Impulse für die österreichische Gesellschaft: In der EZA tätige Menschen sind zumeist auch in Österreich sozial- und gesellschaftspolitisch engagiert. Die Entwicklungszusammenarbeit erfreut sich innerhalb der österreichischen Bevölkerung einer hohen Zustimmung und Wertschätzung.

2. Trends

Die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) verlangt nicht nur eine Steigerung der Quantität, sondern auch der Qualität der Entwicklungshilfe (Pariser Erklärung).¹ Diese Festlegung beruht auf der Einsicht, dass die bisherige Praxis der Entwicklungszusammenarbeit für viele Entwicklungsländer - insbesondere südlich der Sahara - nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt hat.²

Entwicklungen und Trends in der Entwicklungspolitik wirken sich auf die Arbeit der NGOs aus. Beispielsweise wollen „staatliche Geber“ den Partnerländern mehr Verantwortung geben, indem sie vermehrt direkte Kooperation mit Partnerstaaten in Form von Budgethilfe (*Budget support*)³, *Sector-Wide-Approaches* oder Unterstützung für Armutsbekämpfungsprogramme (PRSPs) forcieren. Gleichzeitig wird dadurch die Rolle der NGOs hinterfragt und eingeschränkt. Die Eile, *Budget Support* zu etablieren, könnte damit zusammenhängen, dass Geber darin eine Möglichkeit sehen, die Auszahlungsraten zu erhöhen und den eigenen Verwaltungsaufwand zu senken. Technische Aspekte treten zunehmend in den Vordergrund; Leistungsverträge werden in der öffentlichen Finanzierung Subventionen immer häufiger vorgezogen.

Um die dringend notwendige qualitative Steigerung der Wirksamkeit der internationalen Hilfe zu erreichen, haben mehr als 100 Geber- und Empfängerstaaten - darunter auch Österreich - 2005 die "Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit" unterschrieben. Diese formuliert fünf Bereiche, die eine Verbesserung der Effizienz der EZA erreichen sollen.⁴

Wir begrüßen die Diskussion um die Verbesserung der Qualität von EZA, Kohärenz, Koordination und Ownership. Diese Diskussion darf aber nicht über die betroffenen Menschen hinweg geführt werden. Eine bürokratische und uniforme Abwicklungsstruktur darf die Sicherstellung der geeigneten Grundbedingungen nicht gefährden und die Qualität der EZA im jeweiligen Kontext nicht vermindern.

2.1. Die Qualität der EZA darf sich nicht auf technische Umsetzung beschränken

Die angestrebte Harmonisierung darf nicht zu einer Reduktion der öffentlichen EZA auf *Budget Support* bzw. auf eine Anpassung der Entwicklungszusammenarbeit an PRSPs oder andere nationale Programme führen. Es bedarf einer Analyse der bisherigen Praxis und der dahinter liegenden Entwicklungsansätze, um wohl überlegt Veränderungen vorzunehmen und vorschnelle Kurswechsel zu vermeiden. Die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen im Süden - in Kooperation mit den Nord-NGOs, die Eigenmittel einbringen - muss weiterhin ein wichtiger Bereich öffentlicher EZA sein.

¹ Vgl. Paris Declaration on Aid Effectiveness, Ownership, Harmonisation, Alignment, Results and Mutual Accountability, Paris, 28.Februar - 2.März 2005

² Vgl. Statement von SL Dr. Freudenschuss-Reichl bei der Fachtagung zur Rolle der NGOs, Wien Februar 2006

³ Vgl. Positionspapier von AGEZ, KOO und EU-Plattform zur Budgethilfe, Wien November 2005

⁴ Statement von SL Dr. Freudenschuss-Reichl bei der Fachtagung zur Rolle der NGOs, Wien Februar 2006; Vgl. ebenso Paris Declaration on Aid Effectiveness, Ownership, Harmonisation, Alignment, Results and Mutual Accountability, Paris, 28.Februar - 2.März 2005

Die Bereiche Budgethilfe und Projekthilfe müssen kombiniert angewendet werden. NGOs sollen im Süden gute Regierungsführung fordern und fördern. Sie sollen als *Watchdog-Organisationen* auftreten. Süd- und Nord-NGOs bringen Kreativität, Experimentierfreudigkeit, Erfahrung, gemeinsames Lernen, Know-how und professionelles Auftreten in den politischen Diskurs und in die Programmierung von Initiativen der EZA ein.

2.2. Es braucht eine andere Weichenstellung für eine ganzheitliche, menschliche Entwicklung.

Ziel von Entwicklung ist ein Leben in Frieden und Würde für alle Menschen. Darunter verstehen wir das Verfügen über das Lebensnotwendige, das Freisein von jeglicher Unterdrückung, das Wissen um die Würde und die Ziele ihres Lebens, die Fähigkeit und Möglichkeit, ihr Leben selbst zu gestalten und das Leben in der Gemeinschaft mitzubestimmen. Entwicklungspolitik setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein und engagiert sich für Menschen, denen ihre Rechte verwehrt werden. Sie engagiert sich für die Reduzierung der weltweiten Armut und für soziale Sicherheit.

Unsere Aktivitäten werden vom Prinzip geleitet, dass auf der ganzen Welt Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung von Lebensgrundlagen möglich sind. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit engagiert sich für einen gleichberechtigten Umgang mit allen Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Kultur, Ethnie oder Religion.

NGO-Programme zielen in ihrer Konzeption auf die Veränderung von Machtverhältnissen ab: auf eine Veränderung der Politik im Sinne globaler sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit auf lokaler bis hin zur globalen Ebene. EZA bedeutet Vielfalt auf allen Ebenen, denn auch die Wirklichkeit der Welt ist vielfältig.

3. Politische Funktion und Legitimation

3.1. Entwicklungs- und gesellschaftspolitische Funktion

Aus der vielfältigen Befassung mit multikulturellen Fragestellungen und Konfliktprävention unter Beachtung des Genderaspekts verfügen NGOs über ein reichhaltiges Repertoire an Theorie und Erfahrung in diesem Bereich. Sie betrachten soziale Sicherheit und Friedenspolitik als Garanten für ein friedvolles Zusammenleben der Menschen.

Entwicklungspolitik setzt sich für das Zusammenwirken von Staat und ziviler Gesellschaft ein. Im Rahmen der Debatte um die Rolle der Zivilgesellschaft wird der sozialliberale und neoliberale Ansatz der Regierungen aufgegriffen: immer mehr staatliche Aufgaben sollen von Privaten finanziert und somit von der staatlichen Struktur ausgegliedert werden.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist es einerseits wichtig, dass ein gut funktionierender, demokratischer Rechtsstaat Ordnungs- und Ablaufpolitik im Sinne von Sozialstaatlichkeit wahrnimmt, zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt und die Sichtweisen dieser Organisationen in Entscheidungen einbezieht. Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es, Menschen, die in Armut leben, die Teilnahme an und die Beeinflussung von politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Andererseits übernehmen NGOs wichtige Aufgaben in Bereichen, wo der Staat diese nicht wahrnehmen kann. Hier braucht es sowohl finanzielle Mittel aus privaten und staatlichen Quellen als auch die Grundvoraussetzung, als zivilgesellschaftliche PartnerInnen ernst und wichtig genommen zu werden.

In Österreich waren die NGOs seit Beginn der Entwicklungszusammenarbeit die wichtigsten TrägerInnen dieser Tätigkeiten. Der Staat hat in Österreich, im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern, bis 2004 keine eigene Projektdurchführungsstruktur geschaffen, sondern hat im Sinne der Subsidiarität die Programme und Projekte der NGOs gefördert.

3.2. Legitimation

Entwicklungspolitische NGOs sind zivilgesellschaftliche Organisationen von BürgerInnen. Sie wurden freiwillig und rechtskonform gegründet, um ihre Anliegen und Werte voranzutreiben. NGOs sind Non-Profit-Organisationen: Sie sind zum Nutzen der BürgerInnen, gemeinnützig, transparent, effektiv und effizient in ihren Projekten. Sie verfügen über Professionalität, Expertise und Wissen. Sie legen regelmäßig Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab, nicht nur gegenüber Regierungen sondern v.a. auch gegenüber ihren Mitgliedern, UnterstützerInnen und SpenderInnen. Damit ist ihre Legitimation gegeben.

4. Selbstverständnis der NGOs

Nichtregierungsorganisationen sind ein wesentlicher Teil der strukturierten Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit und haben als gemeinsames Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen auf unserer Welt zu ermöglichen und die Armut zu bekämpfen. Die österreichischen NGOs verwirklichen dies direkt und vielfach in Zusammenarbeit mit PartnerInnen der Zivilgesellschaft im Süden und Osten durch Programme und Projekte. Sie führen entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich durch. NGOs leisten anwaltschaftliche Tätigkeit für die Benachteiligten, Armen und Ausgeschlossenen. Sie nehmen durch entwicklungspolitisches Lobbying und Politikarbeit Einfluss auf Gesellschaft und Politik.

NGOs nehmen internationale Entwicklungen und Trends wahr und definieren daraus für sich ihre Rolle.

5. Aufgaben der NGOs

5.1. Projektzusammenarbeit der NGOs

Die NGOs stellen den Anspruch, in der Nord-Süd-Kooperation eine Rolle einzunehmen, die weder durch Firmen noch durch Kooperationen, die der Staat direkt ausführt, ersetzt werden kann; beispielsweise ihre Tätigkeit an der zivilgesellschaftlichen Basis der Projektländer. Bei der Planung und Durchführung von kleinteiligeren Programmen haben NGOs häufig komparative Vorteile gegenüber Regierungen und Behörden. Der Aufbau staatlicher und gesellschaftlichen Strukturen, die ein breites Spektrum von Organisationen aus allen Bereichen der zivilen Gesellschaft umfassen sollen, können einander fruchtbar ergänzen. Für die Stärkung der zivilen Gesellschaft durch die Entwicklungszusammenarbeit sind die NGOs zweifellos das geeignetere Instrument als die Kooperation von Staat zu Staat. Schließlich muss auch beachtet werden, dass eine direkte Kooperation von österreichischen Regierungsstellen mit Regierungen im Süden von politischen Eigeninteressen der kooperierenden Regierungen – in einem entsprechenden Machtgefälle – geprägt sind. Die Unabhängigkeit der Nord-NGOs von den jeweiligen Regierungen in den Ländern des Südens und Ostens erlaubt es ihnen auch dann in einem Land tätig zu sein, wenn auf Regierungsebene die Kooperation wegen Missständen oder Menschenrechtsverletzungen in Frage gestellt werden muss.

5.2. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit

Die entwicklungspolitische Inlandsarbeit umfasst Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenarbeit, Anwaltschaft und Lobbying.

5.2.1. Entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenarbeit

Entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit von NGOs und MigrantInnenorganisationen in Österreich stellt eine wichtige Komponente der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit dar. Verständnis für und Auseinandersetzung mit globalen Fragen führen zu politisch verantwortungsvollem Handeln, und dies hat Auswirkungen im Norden und im Süden. Weiters ist sie eine Orientierungshilfe für Menschen in Österreich, sich in einer komplexen, globalisierten Welt zurechtzufinden. AkteurInnen der entwicklungspolitischen Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit wählen verschiedene und unterschiedlich intensive Wege, um das Verständnis der österreichischen Bevölkerung für die weltweite Ausschließung der Armen aus den Gesellschaften zu verdeutlichen. Sie thematisieren die Auswirkungen des Rassismus und der globalisierten Weltwirtschaft auf Menschen in Nord und Süd. Kampagnen bringen diese Anliegen an eine breite Öffentlichkeit und fordern zum Handeln auf.

Empathiefähigkeit alleine reicht allerdings nicht aus. Es bedarf gleichzeitig einer Einsicht in komplexe Strukturen. Eine der Hauptaufgaben von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit ist es daher, größere, globale Zusammenhänge herzustellen, indem eine Verbindung zwischen den Alltagserfahrungen der Menschen und weltweiten Ereignissen, Entscheidungen und Machtverhältnissen geschaffen wird. Eine geeignete didaktische Herangehensweise ermöglicht es, derartige Zusammenhänge zu klären und gleichzeitig Handlungsalternativen zu erarbeiten, die vom *Empowerment*-Ansatz ausgehen. Vom Erfolg der Bemühungen hängt die Akzeptanz einer nachhaltigen Lebensweise in Österreich ab. Diese Bemühungen haben auch Auswirkungen auf die Spendenbereitschaft der österreichischen Bevölkerung.

5.2.2. Entwicklungspolitisches Lobbying und Anwaltschaft

NGOs fungieren als Sensoren der Gesellschaft, sie greifen vernachlässigte Themen auf und konfrontieren das politische System mit einem Reformdruck von unten. NGOs müssen es sich leisten können, über den kurzen Zeithorizont von Wahlterminen hinauszuschauen, und Vorschläge zu unterbreiten, die aus machtpolitischen Gründen tabuisiert werden. Sie werden zunehmend AkteurInnen, die ein Problembewusstsein von weltweiten Strukturfragen schaffen: Seit den UN-Konferenzen der 1990er Jahren begannen sie sich international zu vernetzen und schufen sich damit eine Möglichkeit, Weltmeinung zu beeinflussen. Entscheidungen der Internationalen Finanzorganisationen und der WTO haben weitreichende - auch negative - Auswirkungen auf die Bevölkerung im Süden, die durch EZA-Projekte nicht wettgemacht werden können. Makroökonomische Entwicklungen (Verschuldung, Verfall der Rohstoffpreise etc.), politisches Versagen und bewaffnete Konflikte zerstören basisorientierte Projekte. Daher wird entwicklungspolitische Anwaltschaft und Lobbyarbeit gegenüber dem Staat, der Europäischen Union und internationalen Institutionen wie UN-Organisationen, Weltbank, Währungsfonds und WTO immer wichtiger. Es ist Aufgabe der NGOs, die Kohärenz der diversen Politiken Österreichs und der EU einzumahnen. Andere Politikbereiche wie Außenpolitik, Agrarpolitik, Handelspolitik, Wirtschaftspolitik, Währungspolitik oder Landwirtschaftspolitik dürfen den Zielen der Entwicklungspolitik nicht widersprechen. Die NGOs haben auch eine Kontrollfunktion gegenüber der eigenen Regierung.

Nord-NGOs stellen in ihrer anwaltschaftlichen Arbeit eine Brücke zwischen den benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Süden und den Politiken der Geberländer her. NGOs konzentrieren sich im Süden auf die Unterstützung von lokalen NGOs, sozialen Bewegungen und Organisationen, die in der Mobilisierung und Interessenvertretung benachteiligter Bevölkerungsgruppen stark sind. Dieses Empowerment lokaler zivilgesellschaftlicher Gruppen, damit sie selbst die ihnen zustehenden Rechte einfordern können, und die Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen hin zu einer Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, sind zwei Seiten derselben Medaille.

6. Zukünftige Herausforderungen und Ziele

Alle Industriestaaten verfolgen eine widersprüchliche Politik: Die Ziele, die sie in der EZA anstreben, stimmen nicht überein mit ihrer Politik im Außenhandel oder in den globalen Finanzbeziehungen. NGOs haben daher eine **Advocacy-Funktion**, welche staatliche Strukturen nicht erfüllen können.

Entwicklungspolitische NGOs weisen ein hohes gesellschaftliches und oft ehrenamtliches Engagement auf. Sie sind der strukturierte Teil einer Zivilgesellschaft, die sich auf globaler Ebene für Menschenrechte, Frieden und Entwicklung einsetzt. Für eine lebendige Demokratie ist die Stärkung der Strukturen der Zivilgesellschaft Voraussetzung. Da dies im Interesse der StaatsbürgerInnen geschieht, ist auch die Finanzierung aus Steuermitteln unerlässlich.

6.1. NGOs werden sich vermehrt auf Anwaltschaft konzentrieren

Es sollen Veränderungen weltweiter Rahmenbedingungen in einer Vielzahl von Bereichen in Wirtschaft und Politik sowie in internationalen Entscheidungsstrukturen erreicht werden. Dies erfordert verstärkte Analysekapazitäten, Kooperation mit der Wissenschaft und Austausch mit anderen gesellschaftlichen AkteurInnen. Die Vernetzung mit sozialen Bewegungen und die Behandlung auf internationaler Ebene von anwaltschaftlichen Themen, wie gerechter Welthandel oder die Änderung der internationalen Finanzarchitektur, ist Voraussetzung der politischen Rolle der NGOs. NGOs müssen für die Einhaltung international vereinbarter Rechte - Menschenrechte, einschließlich der Arbeitsrechte, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte (WSK-Rechte) und des Rechts auf Entwicklung - arbeiten und die Verantwortung von Staaten und Unternehmen dahingehend einmahnen sowie diese zur Rechenschaft ziehen. Sie sind somit Ausdruck und Akteure einer partizipativen Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft.

NGOs im Norden wie im Süden werden daher in der Zukunft vermehrt Zivilcourage zeigen, vor allem dort, wo Rechtsstaat und internationale Rechtsordnung versagen. Sie sind eine initiativ- und transformatorische Kraft, indem sie seit Jahren innovative Vorschläge bringen und gesellschaftliche Alternativen reflektieren. Sie beobachten politische Prozesse und erheben ihre kritische Stimme um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Sie fordern Kohärenz ein. Sie sorgen für einen *bottom-up Ansatz* (Partizipation) und bringen so die Sichtweise der Basis ein.

6.2. Projektzusammenarbeit bleibt eine wesentliche Aufgabe der NGOs

Grundsätzlich gilt, dass operative EZA auch durch NGOs wahrgenommen werden muss. NGOs sind ein essentieller Träger operativer EZA und können in vielen Fällen flexibler und wirksamer als die entsprechenden staatlichen Instanzen arbeiten. Sie stellen sicher, dass in gut gestalteten Entwicklungsprozessen die Aktivitäten die Menschen erreichen. Sie haben ein fundiertes Know-how, und sie verfügen über eigene zivilgesellschaftliche Kontakt- und Partnernetze in den Entwicklungsländern.

7. Partizipation und Dialog

Die Arbeitsteilung zwischen Staat und NGOs erfolgt nach dem Subsidiaritätsprinzip.

... **Gemeinsam agieren**

NGOs und die staatliche EZA verfolgen trotz ihrer unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Handlungsrahmen gemeinsame Ziele: die Bekämpfung und die Beseitigung der weltweiten Armut und Menschen zu ihren Rechten zu verhelfen. Es liegt im Interesse beider Akteure, gemeinsam zu handeln und eine möglichst hohe Akzeptanz und Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen.

7.1. Orientierung an den Stärken

Jeder der beiden Kooperationspartner hat Stärken und bestimmte komparative Vorteile. NGOs und staatliche EZA sind zwei Akteure in einem gemeinsamen Feld, die Stärken und Schwächen aufzuweisen haben. Es ist sinnvoll, sich an den Stärken, nicht an den Schwachstellen, zu orientieren.

7.2. Strukturierter Dialog ist nötig

Die Kooperation zwischen NGOs und staatlicher EZA braucht einen strukturierten Dialog. Dieser bezeichnet - in der Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Hoheitsverwaltung und den NGOs im Bereich der EZA - die Form der Kooperation, in der beide Seiten einen Nutzen aus der Beziehung zum Kooperationspartner ziehen. Beide Seiten, sowohl die NGOs wie auch die staatliche EZA, profitieren von der Kooperation - die eigene Arbeit wird in ihrer Qualität verbessert. Die Beibehaltung der eigenen Identität ist eine wichtige Komponente.

... **Grenzen anerkennen**

Es gibt keinen grenzenlosen Dialog. Wenn sich NGOs und die staatliche EZA dieser Grenzen bewusst sind, kann ein Dialog gut und sinnvoll stattfinden.

... **Kritik äußern**

Die Rolle der NGOs als kritische Stimme in der EZA gegenüber Verwaltung, Politik und Gesellschaft muss erhalten bleiben.

... **Verbindlichkeit des Dialogs**

Im Dialog müssen Verbindlichkeit und klare Spielregeln festgelegt werden. Dies beinhaltet die Einführung von Qualitätsstandards wie beispielsweise die frühzeitige Einbindung der NGOs im Planungsstadium, die Bereitstellung ausreichender Dokumente, ausreichende Fristen sowie klare Kompetenzen für die Dialogpartner. Eine Orientierung an *Good Practice*-Beispielen aus anderen EU-Ländern wäre wünschenswert. Der Dialog sollte in regelmäßigen Abständen evaluiert werden.

8. Ressourcen

Einerseits sind viele Organisationen von der staatlichen Finanzierung in kleinerem oder größerem Umfang abhängig, andererseits muss festgestellt werden, dass die NGOs in allen genannten Bereichen auch Eigenmittel in die Projekte einbringen (Kofinanzierung mit Österreich und EU).

8.1. Alle diese Aufgaben benötigen finanzielle und personelle Ressourcen

Bezüglich der Finanzierung sind sowohl ausreichende Eigenmittel aufzubringen, als auch öffentliche Mittel bereitzustellen: Modelle der Grundfinanzierung (analog Parteienfinanzierung oder Presseförderung) und Optimierung bereits bestehender Möglichkeiten müssen weiterentwickelt werden. Ziel ist, dass die anwaltschaftlichen Kapazitäten der NGOs ausgebaut werden (im Durchschnitt 10–15% Anteil des Mitteleinsatzes). Wesentlich wird sein, dass Finanzierungssysteme die Unabhängigkeit der politischen Arbeit gewährleisten müssen.

8.2. Festschreibung einer eigenen NGO-Budgetlinie

Die Anerkennung der Arbeit, des Wertes und der Rolle der NGOs muss sich in der Finanzierung äußern. Eine eigene Budgetlinie soll auf NGOs beschränkt sein und ein Initiativ-Recht seitens der NGOs gewährleisten. Dies erhöht die Transparenz für die Öffentlichkeit und die Planungssicherheit von Projektarbeit für die durchführenden Organisationen und deren PartnerInnen.

NGOs und Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft im Süden und Osten brauchen für die Planung, Umsetzung und Kontinuität ihrer Projekte Budgetsicherheit. Sie fordern daher die Festlegung eines eigenen NGO-Bereichs und eine verbindliche Strukturierung des bilateralen Budgets:

- Budgetansatz für Programm- und Projektarbeit der EZA und humanitärer Hilfe
- Budgetansatz für entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit und anwaltschaftliche Arbeit
- Budgetansatz für strukturelle Maßnahmen (Befähigung der NGOs zur Implementierung von inhaltlichen Maßnahmen)

Angedacht werden sollte auch eine in anderen Ländern übliche projekt- und einzelprogramm-unabhängige Förderung von NGOs, deren Gesamtprogramm dort als wichtiger ergänzender Beitrag zur staatlichen EZA anerkannt wird.

Eine Planungssicherheit ist nur dann wirksam, wenn sich die Verbindlichkeit der Budgetplanung auch auf die genannten Tätigkeitsfelder erstreckt und wenn der Teil, der durch die NGOs geleistet werden soll, definiert ist. Die Dotierung der NGO-Budgetlinie soll - analog der Steigerung des EZA-Budgets auf 0,7% des BNE bis 2015 -in Jahresschritten erhöht werden. Es ist anzustreben, dass die Finanzierung für entwicklungspolitische Inlandsarbeit ebenso schrittweise auf 3% der ODA ansteigt.

9. Schlussbemerkungen – Die unverzichtbare Rolle der NGOs

NGOs haben eine nicht ersetzbare Rolle inne. Ihr Mehrwert leitet sich aus ihrer Wertebasis, ihrer Unparteilichkeit und ihrer Verankerung in der zivilgesellschaftlichen Basis ab. Mit diesen Parametern identifizieren wir uns als nicht staatliche Organisationen, die auf eine breite Zustimmung der Zivilbevölkerung bauen können.

NGOs haben eine politische Rolle als transformatorische Kraft in der Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen und nehmen eine *Watchdog-Funktion* gegenüber dem Staat wahr. Sie ermöglichen politische Teilhabe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und setzen sich für funktionierende öffentliche und demokratische Strukturen und die Einhaltung der Menschenrechte ein. Ergänzend zu staatlichen Stellen übernehmen sie operative Aufgaben effizient und bürgernah, unabhängig von staatlichen Strukturen. Nord-NGOs erfüllen eine Vermittlerrolle für Partnerorganisationen im Süden und Osten.

Daraus leiten sich folgende Aufgaben für NGOs ab:

- Umsetzung und Implementierung von Programmen auf *Grassroots*-Ebene;
- Stärkung und Begleitung von Süd-NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihren Entwicklungsprozessen, Programmen und Projekten, sowie Förderung von Vernetzungsprozessen und sozialen Bewegungen als Gegengewicht zur Staatsmacht;
- Zusammenarbeit in Ländern mit schlechter oder gar keiner Regierungsführung (bad governance, failed states);
- *Capacity building* und *Empowerment* der südlichen NGOs im Projektmanagement und in der anwaltschaftlichen Arbeit (Planung, Budgetierung, Partizipation und Monitoring von politischen Prozessen);
- Sensibilisierung und Anwaltschaft im Norden, um in der Bevölkerung in Österreich das Verständnis für globale Zusammenhänge zu fördern, die Situation in Entwicklungsländern nahe zubringen und den PartnerInnen und Zielgruppen aus dem Süden zu ermöglichen, ihre Positionen und Anliegen im Sinne einer Veränderung der globalen Politikfelder einzubringen.

Die NGOs wünschen sich von staatlicher Seite Anerkennung für ihre Leistungen. Dies beinhaltet die Berücksichtigung ihrer Position beim Erarbeiten der OEZA-Leitlinien zur NGO-Policy. Um ihrer Arbeit gerecht werden zu können, benötigen die NGOs eine verstärkte und langfristig gesicherte Finanzierung, die Freiräume gewährt (NGO-Budgetlinie). Die NGOs setzen auf klar definierte Gesprächsstrukturen und möchten in einem kontinuierlichen Dialog ihr *Know-how* und ihre Unterstützung einbringen.

Wien, am 27. März 2006